Schweizer Städte auf dem Weg zu mehr Altersfreundlichkeit

Damit Städte und Gemeinden einer immer älteren Gesellschaft gerecht werden und attraktive Wohn- und Lebensorte bleiben, müssen sie ihre Alterspolitik aktiv in die Hand nehmen. Ein Projekt der Hochschule Luzern zeigt Wege auf.

Rundgänge, bei denen die Seniorenfreundlichkeit des Quartiers mit kritischem Blick geprüft wird, sind Teil der Schaffhauser Alterspolitik. *Bild: zvg*

Die 75-jährige Sonja Erni möchte zu Hause alt werden – ein Wunsch, den viele der 1,5 Millionen Schweizer Seniorinnen und Senioren hegen. Zu Hause alt werden bedeutet ein Stück Freiheit und Lebensqualität, auch wenn sich schrittweise Einschränkungen bemerkbar machen. Deshalb besucht Sonja Erni einmal pro Woche das nahe gelegene «Dienstleistungszentrum» im Quartier. Sie bringt hier ihre Wäsche vorbei, geht in die medizinische Fusspflege und bucht den Fahrdienst zur Physiotherapie. Sie nimmt aber nicht nur Unterstützung in Anspruch, sondern engagiert sich in der Nachbarschaft: Quartierrundgänge, bei denen sie die Seniorenfreundlichkeit des Quartiers mit kritischem Blick prüft, gehören für sie zur Pflicht. Hier hat sie schon auf schwer zugängliche Haltestellen aufmerksam gemacht. Das Beispiel aus Schaffhausen zeigt, wie zeitgemässe Alterspolitik funktionieren kann: niederschwellige Unterstützungsangebote im Alltag, lokal auf die Quartiere ausgerichtet, und aktiver Einbezug der älteren Bevölkerung. Die Stadt hat Altersheime zu drei quartierbezogenen «Dienstleistungszentren» mit verschiedenen Wohnangeboten und Serviceleistungen umfunktioniert. Das Pflegeheim ist nur noch für eine zeitlich kurze und in der Regel letzte Lebensphase bestimmt.

Vorbild Schaffhausen

«Schaffhausen ist ein Vorbild für viele Städte und Gemeinden. Es ist höchste Zeit, die kommunale Alterspolitik weiterzuentwickeln», sagt Jürgen Stremlow, Experte für Sozialpolitik am Departement Soziale Arbeit der Hochschule Luzern (HSLU). Mit der anstehenden Pensionierungswelle der Babyboomer wird sich die Zahl der älteren Bewohnerinnen und Bewohner bis 2045 auf 2,7 Millionen verdoppeln. Wollen Städte und Gemeinden als Wohn- und Lebensorte attraktiv bleiben und die Aufgaben und Kosten, die auf sie zukommen, bewältigen, müssen sie ihre Alterspolitik aktiv in die Hand nehmen. Das Thema ist komplex, und das Modell Schaffhausen ist nicht für alle geeignet. Deshalb hat sich die Hochschule Luzern mit der Studie «Gestaltung der Alterspolitik» des Themas angenommen. Diese ist Teil eines Projekts mit der Technischen Hochschule Köln, welches innovative Wege in der Alterspolitik von Städten und Gemeinden erforscht.

Erst fünf Schweizer Städte mit einer umfassenden Alterspolitik

In einem ersten Schritt haben Jürgen Stremlow und sein Team 15 unterschiedliche Schweizer Städte und Gemeinden untersucht. Die Analyse zeigt, wie Behörden das Thema planen und umsetzen, welche Formen der Beteiligung für ältere Menschen existieren, wie innovationsfreudig die Verantwortlichen sind und ob sich die Angebote am lokalen und sozialen Umfeld der Älteren ausrichten. Daraus wurde eine Typologie entwickelt, die aus fünf Stufen besteht (vgl. Kasten). «Bisher sind fünf der untersuchten Städte und Gemeinden auf der höchsten Entwicklungsstufe angekommen», sagt Stremlow.

Aus der Typologie hat das Team Handlungsempfehlungen abgeleitet. «Eine umfassende Alterspolitik betreiben heute vor allem mittelgrosse bis grössere Städte, die über genügend Ressourcen, Fachpersonen und übergreifende Verwaltungsstrukturen verfügen», so Stremlow. Es brauche eine vernetzte Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Akteuren wie der Gemeinde- oder Stadtverwaltung, der älteren Bevölkerung, Dienstleistungsanbietern,

Freiwilligen oder Investoren von Altersheimen. Da Alterspolitik eine Querschnittsaufgabe sei, braucht es laut Stremlow auch ämterübergreifende Gremien in der Verwaltung, die eine Altersstrategie festlegen. «Das Sozialdepartement sollte eingebunden werden, aber auch Ämter aus den Bereichen Gesundheit, Bau, Verkehr, Kultur.»

Für kleinere Gemeinden führt der Weg zum Ziel über Kooperationen

Und die kleinen Gemeinden? Sie müssen nicht zwangsläufig auf den unteren Stufen bleiben: «Da viele von ihnen oft über beschränkte Ressourcen verfügen, empfehlen wir ihnen eine Kooperation mit anderen Gemeinden als eine zukunftsweisende Option, wie es etwa in Wallisellen, Dietlikon, Wangen-Brüttisellen der Fall ist», so Stremlow. Die drei Gemeinden spannen bei den Kernaufgaben zusammen, nämlich bei den stationären Angeboten in den drei Alterszentren, und sie haben die ambulante Pflege zusammengelegt. Lokal lösen sie weitere Aufgaben wie die Förderung von Wohnangeboten mit Serviceleistungen oder die Quartierentwicklung jeweils selbst.

Die «neuen» Alten aktiv einbinden, wie mit dem «Forum Luzern60plus»

Eine wichtige Treiberin, damit sich die Gemeinden und Städte mit dem Thema auseinandersetzen, ist laut der Studie auch die ältere Bevölkerung selbst. So gibt es in der Stadt Luzern das «Forum Luzern60plus». Dieses steht als Fachkommission des Stadtrats den Behörden, Institutionen und Vereinen beratend zur Seite und bringt selbst Anliegen zu aktuellen Problemfeldern ein – etwa zu fehlenden altersgerechten Wohnungen. «Unsere 70 Mitglieder sind eine gewichtige Stimme der älteren Generation. Und diese will mitreden und gehört werden», sagt Präsidentin Angelica Ferroni. Denn das Wissen, die Erfahrung und die verfügbare Zeit dieser Bevölkerungsgruppe seien eine unverzichtbare Ressource. «Wir Älteren übernehmen heute unzählige Stunden in der Kinderbetreuung, in der Pflege der Angehörigen, in der Nachbarschaftshilfe, der Freiwilligenarbeit und vieles mehr. Wenn wir die Möglichkeit haben, unser Umfeld aktiv mitzugestalten, kommt das nicht nur uns selbst, sondern allen zugute», so Ferroni. Luzern ist eher eine Ausnahmeerscheinung, laut der Studie gibt es noch Entwicklungspotenzial, um die Beteiligung und Mitsprache der älteren Bevölkerung zu fördern. Dies kann ausser durch Foren auch durch Alterskommissionen, Arbeitsgruppen zu bestimmten Themen oder Quartierbegehungen geschehen.

Die fünf Typen der Alterspolitik

In der Schweiz lassen sich gemäss Analyse der Hochschule Luzern fünf Gestaltungsmuster bei der Umsetzung von Alterspolitik unterscheiden:

- **Fokus auf Kernaufgaben:**
Diese Gemeinden und Städte sind primär auf Pflege und Betreuung der älteren Bevölkerung ausgerichtet. Diese beteiligt sich vorwiegend im gesetzlich geregelten Rahmen.

- **Interkommunale Kooperationen:**
Kleine bis mittelgrosse Gemeinden bis zu 15000 Einwohnerinnen und Einwohnern gehen untereinander Kooperationen ein, um die Kernaufgaben gemeinsam zu organisieren. Die weitere Ausgestaltung der Alterspolitik (z.B. der Einbezug der älteren Bevölkerung) ist individuell geregelt.

- **Integrierte Versorgung:**
Die Angebote der Alterspolitik gehen über die Kernaufgaben hinaus: Informationsstellen, ambulante Beratung und Unterstützung für möglichst selbstständiges Wohnen gehören dazu. Die Seniorinnen und Senioren beteiligen sich meist situativ und informell. Es gibt vereinzelt sozialraumbezogene Angebote.

- **Übergänge:**
Städte und Gemeinden fördern die gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe älterer Menschen systematisch: durch Einbezug in Entscheidungsprozesse, Plattformen oder Unterstützung von Projektideen. Neue, innovative Modelle werden in den Behörden diskutiert oder stehen vor der Einführung.

- **Umfassende Alterspolitik:**
Städte und Gemeinden fördern systematisch die Beteiligung der älteren Menschen am öffentlichen Leben und an der Mitgestaltung der Alterspolitik. Es gibt eine Vielzahl an Netzwerken, Gremien und gut organisierten Vereinen. Es sind übergreifende Verwaltungsstrukturen und ein hohes Interesse an innovativen Konzepten und der Zusammenarbeit mit der Forschung vorhanden. Die Angebote sind auf das Quartier oder das soziale Umfeld älterer Menschen ausgerichtet.

Auch empfehlen die Autorinnen und Autoren der Studie, die Bedürfnisse der Älteren systematisch zu erfassen, etwa mit Bevölkerungsbefragungen, um somit Quartiere bewusst seniorengerechter zu gestalten. Zudem wichtig: Da ältere Menschen in ihrer Mobilität eingeschränkt sein können, müssen sich die Angebote an ihrem unmittelbaren Umfeld orientieren. Je nach Situation und Grösse einer Stadt oder Gemeinde kann sich dies um Quartiere, das gesamte Gemeindegebiet oder eine Region handeln.

Eine «Toolbox» für Gemeinden

Angesichts der Komplexität des Themas gibt es kein «Standard-Rezept», betont Jürgen Stremlow. «Jede Stadt oder Gemeinde muss für sich eruieren, welche Strategie sinnvoll ist.» Deshalb arbeitet sein Team mit Unterstützung von Wirtschaftswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern der Hochschule Luzern derzeit an einem «Kompass kommunaler Alterspolitik». Geplant ist etwa ein Instrument, das die Wohnverhältnisse der älteren Bevölkerung analysiert, oder Tools, die helfen, den künftigen Finanzbedarf für Pflege und Betreuung zu ermitteln. Wie nun die Gemeinden und Städte diese Fülle an Erkenntnissen, Empfehlungen und Instrumenten nutzen, wird sich zeigen. Stremlow sagt: «Wir können ihnen als Sparringpartner dienen und ihnen den Spiegel vorhalten. Handeln müssen sie aber selbst.»

Mirjam Aregger
Quelle: Magazin der Hochschule Luzern (HSLU), Oktober 2018

Infos:
«Gestaltung kommunaler Alterspolitik in der Schweiz», Jürgen Stremlow, Gena Da Rui, Marianne Müller, Werner Riedweg, Albert Schnyder (Hrsg.), erhältlich ab November im Interact Verlag. Leseproben und weitere Informationen finden sich unter: www.hslu.ch.